

SVP *ia*

SVP

UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

Die Folgen!

All die Parteien, die mit ihrer jahrelangen Vogelstrausspolitik die heutigen Probleme mit kriminellen und nicht integrierten Ausländern verursacht haben, haben in jüngster Zeit versucht, die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen. Aber sie scheuen sich immer noch zuzugeben, dass der Ansatz der SVP seit eh und je der richtige ist: Unsere Regeln gelten für alle! **Seiten 8 - 9**

ABO-BEITRAG 2006
Bitte Einzahlungs-
schein beachten!



Kt. Wahlen: Auf hohem Niveau stabil

Seite 5

Gilberte Demont und Gregor A. Rutz blicken zurück auf die Ergebnisse der Schweizerischen Volkspartei

Forderungen für die 6. IV-Revision

Seite 6

Nationalrat Marcel Scherer zeigt auf, warum die Massnahmen der 5. IV-Revision nicht ausreichen

Steueranlage in Appenzell Ausserrhoden

Seite 11

Regierungsrat und Finanzdirektor Köbi Frei zur neuen Steueranlage in seinem Kanton



Die Freiheit und die Verantwortung

Wir erleben Tage, in denen sich weisen muss, wie gut der Stoff unseres Fahmentuchs ist, in denen sich bewähren muss, was wir in den Bundesfeierreden jeweils hören und selber aussprechen! Da erscheinen in einem dänischen Provinzblatt (und danach in weiteren Medien, auch bei uns) völlig geschmacklose Karikaturen und geben Anlass zu Leserbriefen und Gelegenheit, die Zeitung zu wechseln. Was aber in einer freien Gesellschaft keinesfalls angeht, ist, von hässlichen Kritzeleien die Forderung nach Einführung der Zensur abzuleiten. Unsere Vorfahren haben nicht umsonst um die Freiheit der Rede, des Ausdrucks der Medien gekämpft. Unsere Bundesverfassung sagt in Artikeln 16 und 17:

„¹ Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.

² Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten.

³ Jede Person hat das Recht, Informationen frei zu empfangen, aus allgemein zugänglichen Quellen zu beschaffen und zu verbreiten.

¹ Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist gewährleistet.

² Zensur ist verboten.

³ Das Redaktionsgeheimnis ist gewährleistet.“

Die Eidgenossenschaft verdient ihren Namen so lange, wie wir an diesem freiheitlichen Kernbestand unserer politischen Kultur festhalten. Wenn dadurch einzelne Entgleisungen geschützt werden, ist das ein Preis, den wir bezahlen müssen. Wer dies nicht will, kann entweder eine Initiative auf Änderung der Bundesverfassung ergreifen oder sein Glück anderswo suchen. Die Schweiz ist und bleibt ein freies Land. Die Schwester der Freiheit ist allerdings die Verantwortung. Redaktoren und Redaktorinnen haben genau so mit den Folgen ihrer Entscheidungen zu leben und dazu zu stehen, wie wir anderen Bürger und Bürgerinnen auch. Wer sieht, wie entzündet die Gemüter sind, und dann durch unnötigen Nachdruck von Schund Öl ins Feuer giesst, macht sich moralisch mit verantwortlich für die Beschädigung der Landesinteressen, für die Gefährdung von Schweizerinnen und Schweizern an Leib und Leben und für die Beeinträchtigung des Dialogs der Kulturen, eines Dialogs, welcher religiös, kulturell, medial, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich geführt werden muss, wenn wir in einer immer vernetzteren Welt eine friedliche Zukunft anstreben wollen. Es würde nicht schaden, wenn in den Redaktionsstuben die Einsicht noch etwas präsenter wäre, dass auch die vierte Gewalt, wie die drei klassischen Gewalten, mit Bedacht handeln soll und mit Verantwortung!

Bundesrat Samuel Schmid

Abonnementsbeitrag 2006



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Eine informative und aktuelle Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP stets auf dem Laufenden zu halten.

Die Produktion und der Vertrieb dieser Zeitung sind jedoch mit hohen Kosten verbunden. Insbesondere die Taxen der Schweizerischen Post für den Versand der rund 55'000 Zeitungen steigen praktisch von Jahr zu Jahr!

Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wiederum haben Sie so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Wie üblich garantieren wir Ihnen, dass Ihr Beitrag vollumfänglich für die Parteizeitung SVPja eingesetzt wird.

Selbstverständlich ist es auch jederzeit möglich, die Parteizeitung mit einem Inserat zu unterstützen. Die aktuellen Inseratepreise finden Sie auf unserer Homepage www.svp.ch.



Schweizerisches Recht durchsetzen

Unser Land hat eine humanitäre Tradition und echte Flüchtlinge aus aller Welt haben in hier stets Schutz vor Verfolgung gefunden. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, gilt es, Missbräuche gegen unser Asyl- und Gastrecht mit aller Härte zu bekämpfen. Wer das Asylrecht als Zuwanderungsschiene missbraucht, soll kein Bleiberecht erhalten. Wer sich kriminell betätigt, hat sein Asylrecht verwirkt. Wer unsere Regeln missachtet und beispielsweise zu Steinigung oder Blutrache aufruft, hat unser Land zu verlassen.

Jahrelang hat die Linke die Zuwanderung begrüsst und dem Asylrechtsmissbrauch tatenlos zugesehen. Heute sieht sie sich hilflos mit all den Problemen konfrontiert, vor denen die SVP als einsame Ruferin in der Wüste immer gewarnt hat: Sozialschmarotzer, Profiteure, Kriminelle und religiöse Extremisten machen unserer Bevölkerung das Leben schwer. Und die Gerichte bleiben mild: Kriminelle verbüssen lächerlich kurze Haftstrafen in luxuriösen Gefängnissen und verbleiben nach Verbüsung der Strafe in unserem Land, um sich dann erneut kriminell zu betätigen. Asylmissbraucher werden als so genannte Härtefälle vorläufig aufgenommen, Sozialschmarotzer mit ihren Familien jahrelang auf Kosten der Steuerzahler unterhalten. An unseren Schulen, an denen die Schweizer Kinder oft in der Minderheit sind, setzen sich neue Regeln durch: Religionsunterricht wird aus Rücksicht auf religiöse Minderheiten in Ethikunterricht umgewandelt, das Wort „Schwein“ aus dem Lesebilderbuch gestrichen, Mittagstische richten die Menüauswahl auf verschiedenste Bräuche aus, und auf das weihnächtliche Krippenspiel wird verzichtet.

Diese Entwicklung darf nicht weiter gehen. Es gibt keinen Grund, unsere christlich-abendländische Kultur zu verleugnen und dem linken Multi-Kulti-Ideal zu opfern. Wir sind es unserem Land und den künftigen Generationen schuldig, unsere Regeln wieder durchzusetzen. Wer sich nicht daran halten will, soll das Land verlassen. Nur so bleibt die Schweiz auch in Zukunft eine lebenswerte Heimat für Schweizerinnen und Schweizer, aber auch für all diejenigen Ausländerinnen und Ausländer, die gerne hier leben, sich um ihre Integration bemühen und sich anpassen. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP



Dr. Felix Gutzwiller
Präventivmediziner und Nationalrat / Fraktionschef FDP

Liberaler Dunst

Der **FETTNAPF DES MONATS** geht diesen Monat an **FDP-Nationalrat Dr. Felix Gutzwiller**. Anstelle des Fettnapfs wäre die Nomination eines „Aschenbeckers des Monats“ diesmal angebracht. So oder so. Der Empfänger steht fest. Dr. Felix Gutzwiller, Nationalrat und Fraktionschef der FDP sowie engagierter Präventivmediziner, sieht sich derzeit im Aufwind in seinem Einsatz für eine rauchfreie Schweiz. Den Kanton Tessin hat er hinter sich – wo soeben ein allgemeines Rauchverbot verabschiedet wurde. Weitere Kantone spüren die Gunst der Stunde und wollen partizipieren – sich dem Trend anhängen, welcher von den Medien herrlich unkritisch und tendenziös vorgefertigt wurde.

Wer die Stimme der Presse und die Moral der Kleinmütigen auf seiner Seite weiss und noch dazu nichts Geringeres als Volksgesundheit zu verkünden hat, der ist unangreifbar – und darf auch mal etwas vergessen. Zumindest sein eigenes „liberales Credo“. In jenem von Dr. Gutzwiller nämlich lesen wir von seinem Verständnis von Freiheit und Staat. Erstere definiert er als eine „Haltung des aufrechten Gangs, verbunden mit der Fähigkeit, Toleranz zu üben“. Der Staat zudem sei nicht da, „um Unterschiede zwischen Personen auszugleichen, sondern um ein menschenwürdiges Umfeld zu schaffen, in dem sich alle verwirklichen können“.

Klingt gut. Freisinnig eben. Und was einem nicht gefällt – oder was man nicht riechen kann – wird dann trotzdem mit sauberem Gewissen verboten. Es bleibt zu hoffen, dass das Engagement gewisser Politiker genauso ehrgeizig bleibt, wenn es darum geht, unsere Bürgerinnen und Bürger von tatsächlichen Fesseln und Belastungen zu lösen, unter denen sie tagtäglich zu leiden haben. Aber im Ablenkungsmanöver gegen die Raucher lässt sich's zur Zeit doch schöner profilieren.



Augenmass gefragt

Wenn das Parlament versucht, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, tut es dies mit Herzblut und Engagement. Es fällt dabei aber offensichtlich nicht immer leicht, dass ebenso wichtige Augenmass zu behalten, vor allem wenn es um Kinder oder Hunde geht.

Kinderzulagen sind kein Lohn

Kinderzulagen sollen dazu dienen, einen Beitrag an die Auslagen für Kinder zu leisten. Daher ist es auch sinnvoll, dass Kinderzulagen kantonal geregelt und in der Folge nicht überall gleich hoch sind. Auch die kantonalen Steuersysteme sind unterschiedlich und bergen verschiedene weitere Entlastungen für Eltern. Zudem fallen nicht in jedem Kanton gleich hohe Lebenshaltungskosten und damit Kosten für die Kinder an, und nicht in jedem Kanton sind die gleichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorhanden. Der Kanton kann die Höhe der Kinderzulagen folgerichtig dem kantonalen Niveau und damit den Bedürfnissen seiner Bürgerinnen und Bürger anpassen.

Die Linke versteht das System natürlich wie so oft ganz anders. Für sie sind die Kinderzulagen eine Art Lohn für die Arbeit, welche Kinder bereiten. Und ähnlich der Mindestlohn-debatte führt sie auch hier eine Debatte um eine Mindesthöhe an Kinderzulagen, auf welche die Eltern bzw. der oder die Erziehende ein Recht haben. Bisher ausgeblieben ist immer eine Streikdrohung. Und nicht neu ist natürlich auch die Schlussfolgerung in Bezug auf diejenigen, welche die Zusatzausgaben berappen sollen: Wirtschaft und Gewerbe sollen's richten, wer denn sonst?

Mit der neuen Regelung der Kinderzulagen wird künftig in

Bern entschieden, wie hoch die Kinderzulagen in der ganzen Schweiz aussehen. Und wie es geht, wenn in Bern über die Höhe von Giesskannenzahlungen entschieden wird, wissen wir ja leider alle bestens.



Die SVP-Fraktion hat sich mit den Unternehmern und Gewerblern im Parlament verbündet gegen das neue System gewehrt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden ohne Zweifel mehr Augenmass beweisen als die Parlamentarier in Bern und mit einem klaren Nein zeigen, dass das heute bewährte kantonale System der Kinderzulagen auch für die Zukunft das richtige ist.

Hundehalter in die Pflicht nehmen

Es gibt immer wieder und vor allem immer häufiger Hundetattacken. Das ist nicht wegzudiskutieren. Bedauerlich ist allerdings, dass der Blick den tragischen Todesfall des kleinen Süleyman dazu genutzt

hat, um mit einer gross aufgemachten Petition seine Auflage zu erhöhen. Er gaukelte vor, das Problem gefährlicher Hunde könne vom Parlament mit einer einfachen Unterschrift aus der Welt geschafft werden. Viele Parlamentarier-

innen und Parlamentarier liessen sich in echter Sorge von den falschen Versprechen des Blick zur Unterschrift drängen und mussten nachher erkennen, dass die Lösung nicht so einfach ist.

Es ist nicht möglich, gute Rassen von schlechten Rassen mit einem einfachen Raster zu unterscheiden und dann einfach die schlechten Rassen zu verbieten, schon gar nicht über das Tierschutzgesetz. Die Verantwortung liegt vielmehr am oberen Ende der Hundeleine. Die SVP hatte deshalb dem wenig ausgereiften Vorschlag des Bundesrates einen Antrag gegenüber gestellt, der die Eigenverantwortung des Hundehalters ins Zentrum stellt.

Das Problem muss mit Augenmass angegangen werden. Die

Menschen müssen geschützt werden, aber die Hunde sind deswegen nicht zu verteufeln. Es braucht einen Grundsatz auf Bundesebene, der einerseits den Halter in die Pflicht nimmt, andererseits den Kantonen Freiraum in der Umsetzung lässt.

Die EU - das Fass ohne Boden

Das Loch in der Staatskasse wäre kleiner, wenn die Linke das Geld nicht überall gerne verteilen würde. Dass sie es seit einiger Zeit mit Vorliebe an die EU verteilt, macht die Sache noch schlimmer.

Eigentlich sollten die Kohäsionszahlungen in der Höhe von 1 Milliarde Franken an die EU mit folgerichtigen Kürzungen bei der Osthilfe kompensiert werden. Diese Kompensation scheint jetzt vom Tisch. Mit dem von der Mehrheit des Parlaments gegen den Willen der SVP verabschiedeten Osthilfegesetz wurde nicht nur der Grundsatz verankert, auf eine Kompensation bei der Entwicklungshilfe zu verzichten, sondern Tür und Tor für alle künftigen Zahlungen geöffnet. Bereits jetzt sind Bundesräte in künftigen Mitgliedstaaten unterwegs, um neue Zahlungen zu versprechen. Wenn das Gesetz so in Kraft tritt, wird das Stimmvolk keine Möglichkeit mehr haben, künftige Forderungen der EU für weitere Millionen und Milliarden zu Gunsten neuer EU-Mitglieder zu verhindern. Es bleibt also nur, gegen diese verheerende Gesetzesvorlage jetzt vorzugehen und diesen Freipass für unkompenzierte Milliardenzahlungen an die EU zu verhindern. ◀

Aliki M. Panayides,
stv. Generalsekretärin SVP

Wahlen in den Kantonen Freiburg und Waadt



UDC-Fribourg



Am 5. März 2006 kam die neue Verfassung des Kantons Freiburg erstmals zum Tragen und Schweizer und Ausländer begaben sich zur Urne, um die neuen Vertreter der kantonalen Legislative und Exekutive zu wählen.

Die SVP war nach der Gründung von rund einem Dutzend Ortssektionen in allen Bezirken und den wichtigsten Städten im Kanton präsent und mit Listen vertreten. Der Fortschritt der Partei ist ermutigend, konnte die Partei doch zu ihren 39 bisherigen Sitzen ganze 34 Sitze in der Legislative dazugewinnen. In der Exekutive steigerte die SVP die Sitzzahl von 18 auf 25.

Es ist besonders interessant, einen Blick auf die Resultate einiger Freiburger Städte zu werfen, in denen die SVP bisher nicht präsent war: Domdidier mit 4 Sitzgewinnen in der Legislative, Estavayer-le-lac mit 6 Sitzgewinnen in der Legislative und 1 Sitzgewinn in der Exekutive, Marly mit 4 Sitzgewinnen in der Legislative, darunter 3 Frauen, Villars-sur-Glâne mit 4 Sitzgewinnen in der Legislative, und schliesslich ein wenig zurückhaltender Einzug in die Stadt Freiburg mit 9 Sitzgewinnen in der Legislative.

Einziger Wermutstropfen: Das geringe Interesse für die Kommunalpolitik, das sich in der tiefen Stimmbeteiligung von nur knapp 30% ausdrückt.

UDC-Vaud



Die Stimmbeteiligung der Bevölkerung des Kantons Waadt lag bei rund 35%. Auch hier waren die Ausländer, die seit 10 Jahren in der Schweiz und seit 3 Jahren im Kanton Wohnsitz haben, mit zu den Urnen gerufen. Die Resultate waren deshalb so erfreulich, weil die SVP von bisher 130 Vertretern in den kommunalen Parlamenten den Sprung auf 194 Parlamentarier geschafft hat.

In einigen Waadtländer Städten kam es sogar zu mehr Sitzgewinnen als SVP-Kandidierenden. Nachnominierungen werden also nötig sein. So sind es in Morges 8 Sitze für die Liste von 5 Kandidierenden, in Prilly 5 Sitze für eine Liste von 4 Kandidierenden, in Villeneuve werden noch 2 Kandidierende gesucht.

Was die Exekutive anbelangt, werden die Resultate erst nach dem zweiten Wahlgang, der für den 2. April 2006 vorgesehen ist, bekannt werden.

In diesen zwei Kantonen der Suisse Romande ist die SVP die einzige bürgerliche Partei, die richtig zulegen konnte. Die Gewinne sind vor allem im Parlament zu verzeichnen, weniger in den Exekutiven. Wenn sich die anderen bürgerlichen Parteien dereinst bereit erklären, mit der SVP auch zusammen zu arbeiten, wird es der Linken nicht mehr so leicht fallen, sich als Siegerin hervor zu tun.

Gilberte Demont
Kordinatorin UDC CH-Romande

Auf hohem Niveau stabil



Der Stimmenzuwachs, den die SVP in den vergangenen 15 Jahren verzeichnen konnte, ist enorm: Die zahlreichen Gründungen neuer Sektionen haben Früchte getragen. Schwieriger als der Zugewinn von Sitzen ist das Halten der hohen Wähleranteile. Jetzt ist die harte und unspektakuläre politische Kleinarbeit gefragt: Mitgliederwerbung, Standaktionen, politische Grundlagenarbeit etc.

Und hier zeigt sich auf kantonalen wie auf kommunaler Ebene: Die SVP etabliert sich als grösste Regierungspartei. Im Thurgau wurde der Regierungsratspräsident mit der Wahl von Köbi Stark souverän verteidigt. Bei den Zürcher Gemeindevahlen wogen sich einzelne – unerfreuliche – Sitzeinbussen mit weiteren Zugewinnen z.B. in Dietikon, Schlieren oder Illnau auf. Ein Wermutstropfen sind die Obwaldner Kantonsratswahlen, wo die SVP aufgrund einer Terminpanne einen Sitz verloren hat. Für die Wahlen 2010 gilt es, wiederum Sitze hinzuzugewinnen.

In der Suisse Romande sieht es fast ausnahmslos erfreulich aus: Auf kommunaler Stufe konnte die SVP in den Kantonen Freiburg und Waadt zahlreiche Gewinne erzielen (vgl. Artikel von G. Demont). Das Fazit ist klar: Diejenigen Sektionen, welche weiterhin seriös arbeiten, haben beste Chancen, weitere Sitze zu gewinnen!

Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP

Die Forderungen der SVP für die 6. IV-Revision

Die finanziellen Probleme in der IV sind so gravierend, dass die 5. IV-Revision nicht genügt, um die Versicherung so weit zu entlasten, dass sie ausgeglichen wirtschaften kann. Es braucht weitere Schritte, damit die IV ausgeglichene Ergebnisse erzielt. Die SVP stellt verschiedene Massnahmen zur Diskussion, die im Rahmen der 6. IV-Revision ergriffen werden müssen.

Halbierung der Kinderrenten

Wer eine IV-Rente bezieht, erhält für jedes Kind einen Rentenaufschlag von 40 Prozent einer IV-Rente, sofern kein Kürzungsgrund vorliegt. Ein IV-Rentner mit zwei Kindern erhält folglich 1,8 IV-Renten. Mit fünf Kindern sind es gar drei volle IV-Renten. Die durchschnittlich pro Kind und Monat ausbezahlte Summe beläuft sich auf rund 590 Franken pro Monat. Die „normale“ Kinderzulage für ein Kind eines erwerbstätigen Elternteils beträgt durchschnittlich monatlich 184 Franken. **Ein Kind eines IV-Bezügers erhält heute also mehr als das Dreifache einer Kinderzulage eines Nicht-IV-Bezügers.** Für diese Ungleichbehandlung gibt es keinerlei stichhaltigen Grund. Daher muss dieser Missstand dringend ausgeräumt werden. **Die SVP fordert eine Halbierung der heute offensichtlich überhöhten Kinderrenten.**

Der SVP-Vorschlag bringt Einsparungen von 300 Mio. Franken pro Jahr. Selbst nach der Halbierung beziehen Invalide noch immer höhere Leistungen für die Kinder als die Mehrheit der Schweizer

Eltern. Es gilt hier ausserdem zu erwähnen, dass in diesen Fällen oftmals eine Überversicherungssituation besteht, wodurch sich die Kürzung für die Betroffenen in vielen Fällen nicht direkt niederschlägt. Zudem können im Bedarfsfall noch immer Ergänzungsleistungen beantragt werden.

Revision sämtlicher bestehender Renten

Bei der 6. IV-Revision gilt es, sämtliche IV-Renten nach dem in der 5. IV-Revision eingeführten IV-Begriff zu überprüfen. Die Priorität muss dabei vor allem bei den „IV-Ursachen unklarer Kausalität“ liegen, da dort der Missbrauch am grössten ist. **Mit der 6. IV-Revision sind sämtliche Renten innerhalb eines halben Jahres einer Revision nach dem neu definierten IV-Begriff zu unterziehen.**

Fahrverbot für unklare IV-Kausalitäten

Eine immer grösser werdende Kategorie von IV-Rentnern erhält eine IV-Rente aus un-

klarem IV-Grund (beispielsweise Schleudertrauma, psychische Gebrechen, nicht nachweisbare Rückenschmerzen). Solche Rentner mit unklarer IV-Ursache dürfen auch weiterhin gefährlichen Tätigkeiten nachgehen, beispielsweise Auto fahren, ein Flugzeug fliegen oder eine Waffe tragen. **Obwohl keine Kausalität zwischen Gesundheitsschaden und Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen werden kann, man also im Klartext nicht weiss, warum eine Person erwerbsunfähig ist, darf die gleiche Person Tätigkeiten nachgehen, die für die Allgemeinheit eine nicht unerhebliche Gefahr darstellen.** Wer an einer unklaren IV-Ursache leidet, sollte von sämtlichen gefährdenden Tätigkeiten abgehalten werden. Dies reduziert die Fehlanreize, eine ungerechtfertigte IV-Rente zu beziehen und führt zu einem Sicherheitsgewinn für die Allgemeinheit.

Verschärfte Strafbestimmungen bei IV-Missbrauch

Der IV-Missbrauch muss hart bestraft werden. IV-Miss-



► Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg (ZG)

brauch soll sich nicht mehr lohnen und wenn praktiziert zumindest in aller Härte bestraft werden. Damit wird ein grosses Missbrauchspotential verhindert.

Kaufkraftbereinigter Rentenexport

Wer heute eine Rente bezieht, kann seinen Wohnort ins Ausland verlegen und dort mit einer IV-Rente fürstlich leben. So kann beispielsweise ein IV-Bezüger aus der Türkei, mit einigen Kindern, auf eine Rente von über 6000 Franken kommen. Damit lässt sich in der Türkei fürstlich leben. **Die SVP fordert, dass im Rahmen einer nächsten IV-Revision die Frage der Exportierbarkeit von Renten vertieft behandelt wird.** Die heute sehr einfache Möglichkeit des Rentenexportes macht die IV vielfach sehr attraktiv. **Es müssen dabei auch Kündigungen von bilateralen Sozialversicherungsabkommen zu Netto-Rentenimportstaaten in Betracht gezogen werden.**

Vergleich IV-Kinderrenten – Kinderzulagen

IV-Kinderrente Vater (Durchschnitt)	CHF 595.00 (IV-Statistik 05)
IV-Kinderrente Mutter (Durchschnitt)	CHF 583.00 (IV-Statistik 05)
SVP-Vorschlag IV-Kinderrente neu	CHF 300.00
Kinderzulagen Arbeitnehmer (Durchschnitt CH)	CHF 184.00

Auszug aus der IV-Statistik 2005:

Von 100 IV-Leistungsbezügern sind heute 41 Ausländer. Und von den ins Ausland exportierten Renten wandern gar 88 Prozent an Ausländer.

Garantiertes Taggeld für Junge führt zu Missbräuchen

Im Rahmen der 5. IV-Revision wird die minimale Grundentschädigung aufgehoben. Dies ist sehr zu begrüßen. Allerdings behält der Bundesrat die Grundentschädigung für junge Personen weiterhin bei. Dies ist problematisch. Im Rahmen einer 6. IV-Revision müsste daher die Frage der garantierten Grundentschädigung für Arbeitgeber vertieft diskutiert werden. Heute haben vielfach gerade junge Personen, welche aus der Lehre kommen, einen grossen Anreiz, eine Sozialversicherungskarriere einzuschlagen. Diese Anreize müssen aus Sicht der SVP vermindert werden. Eine Reduktion des garantierten Mindesttaggeldes um 1/3 würde die Arbeitsanreize massiv vergrössern.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Mindesttaggeld für junge Lehrabsolventen beträgt 2'640 Franken pro Monat. Die SVP schlägt eine Kürzung um einen Drittel auf 1'760 Franken vor. Damit werden die Arbeitsanreize erheblich vergrössert.

Schluss mit den Extrawürsten

Auch der Bund als Arbeitgeber muss endlich Transparenz über seine hausinternen IV-Fälle schaffen. Seit über sechs Jahren wird die IV-Situation

beim Bund vertuscht. Doch Studien des BSV haben gezeigt, dass die IV-Wahrscheinlichkeit in der öffentlichen Verwaltung weit überdurchschnittlich ist. Auch die Pensionskassenstatistik des Bundes bestätigt diesen Befund. In der Bundespensionskasse Publica stieg die Anzahl IV-Rentenbezüger zwischen 2000 und 2003 um sage und schreibe 33 Prozent an. Zu viele IV-Rentner beim Bund drohen also auch die finanzielle Lage der Bundespensionskassen zu bedrohen. Auch hier zahlen einmal mehr die Steuerzahler die überhöhten Leistungen und den Missbrauch via IV und Bundespensionskassen. **Die SVP fordert, dass der Bund endlich Transparenz über die eigene IV-Situation schafft. Auch dies entlastet die IV.**

Zitat aus Bericht der GPK-S vom 19.08.2005 S. 13:

„Die hier angetroffenen Probleme der Intransparenz können nach Ansicht der GPK-S nicht länger hingenommen werden.“

Wettbewerb auf dem Hilfsmittelmarkt

Jedes Jahr gibt die IV über 200 Millionen Franken für Hilfsmittel aus. In diesem Bereich herrscht aus Sicht der SVP mangelnder Wettbewerb. **Die SVP fordert Massnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bei den IV-Hilfsmitteln.** Hier läge noch erhebliches Sparpotential.

Überprüfung von Bundesbeiträgen

Im Jahr 2004 gab der Bund für Pro Infirmis 12 Mio. Franken und für die behinderten Dachorganisationen und Ausbildungsstätten 177.6 Mio. Fran-

ken aus. **Dieser Beitrag von fast 190 Mio. Franken sollte in der 6. IV-Revision einer vertieften Wirksamkeitsüberprüfung unterzogen werden. Mit Sicherheit ist auch hier ein erhebliches Sparpotential vorhanden.**

Ausgabenseitige Revision möglich

Die hier aufgezeigten und keineswegs abschliessenden Massnahmen zeigen, dass auch nach der 5. IV-Revision **noch ein enormer ausgaben-seitiger Sanierungsbedarf und -spielraum besteht.** Die Argumentation von der ausgepressten Zitrone vermag auch hier nicht zu überzeugen. Wie der Bundeshaushalt, verfügt auch die IV noch über ein gehöriges Sparpotential. **Die SVP fordert nichts Unmög-**

liches – sie fordert nur, dass die IV gleich viel ausgibt, wie sie aus Steuermitteln erhält, ohne neue Finanzierungsquellen zu erschliessen. Wie dies in der Wirtschaft tagtäglich gezeigt wird, ist dies alles andere als ein Ding der Unmöglichkeit. Es liegt einzig am politischen Willen der Mitteparteien und daran, wo die Mitteparteien ihre Prioritäten setzen.

Entweder den Sozialmissbrauch konsequent bekämpfen oder den Wirtschaftsstandort Schweiz durch höhere Mehrwertsteuern und zusätzliche Lohnprozente schädigen. Die SVP bevorzugt eine konsequente Bekämpfung des Sozialmissbrauchs.

Mit den Gesundheitskosten steigen die Prämien

(SVP) **Die Gesundheitskosten steigen weiter. Unser Gesundheitssystem ist mittlerweile eines der teuersten der Welt. Ein wesentlicher Teil der Gesundheitskosten wird durch die Krankenkassenprämien gedeckt. Wenn die Kosten steigen, wächst die finanzielle Belastung der Schweizer. Die Prämiensenkungsinitiative der SVP ist derzeit das einzige Konzept für tiefere Krankenkassenprämien. Deshalb muss rasch darüber abgestimmt werden.**

Fast 52 Milliarden Franken kostete das schweizerische Gesundheitswesen im Jahr 2004. Eine gute Gesundheitsversorgung ist zentral für uns alle. Aber gut muss nicht unbezahlbar heissen! Auch im letzten Jahr stiegen die Gesundheitskosten erneut um 3.7 Prozent. Bei der obligatorischen Krankenversicherung nahmen sie gar um 6.6 Prozent zu. Wenn man davon ausgeht, dass die Kostenerhöhungen von heute die Krankenkassen-Prämienschübe des nächsten Jahres bedeuten, wird klar, dass bei weitem keine Trendwende in Sicht ist.

Nur davon zu reden, wie schlimm die ständigen Prämien-erhöhungen sind, genügt nicht. Die Prämiensenkungsinitiative der SVP ist nach wie vor der einzige Erfolg versprechende Lösungsvorschlag. Wegen ein bisschen Wahl-taktik lassen sich der Bundesrat und das Parlament jedoch viel Zeit, um die SVP-Initiative nicht vor den nächsten Wahlen zur Abstimmung bringen zu müssen. Dieses verantwortungslose Spiel kostet die Schweizer Millionen Franken.

Unsere Regeln gelten für alle!

All die Parteien, die mit ihrer jahrelangen Vogelstrausspolitik die heutigen Probleme mit kriminellen und nicht integrierten Ausländern verursacht haben, haben in jüngster Zeit versucht, die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen. Aber sie scheuen sich immer noch zuzugeben, dass der Ansatz der SVP seit eh und je der richtige ist: Unsere Regeln gelten für alle!

Die Forderungen der anderen Parteien angesichts der wachsenden Probleme mit dem wachsenden Ausländeranteil und den damit verbundenen Integrationsproblemen sind ebenso wenig originell wie sinnvoll: Mehr Geld für die Integration auf der einen Seite, mehr Dialog auf der andern Seite, Spezialregelungen für dieses und jenes und dergleichen mehr. Dabei gilt es heute mehr denn je, den Grundsatz zu befolgen, den die SVP seit Jahren zur Basis ihrer asyl- und ausländerpolitischen Forderungen gemacht hat: Wer hier leben will, hat sich an die schweizerischen Regeln zu halten oder aber das Land zu verlassen.

Die SVP hat den Grundsatz daher einmal mehr in einem ausführlichen Papier, bezogen auf die aktuellen Probleme, ausgeführt, und in einer Pressekonferenz am 20. März 2006 der Presse vorgestellt. Unter der Leitung von Parteipräsident Ueli Maurer präsentierten Vizepräsidentin Sylvia Flückiger und Vizepräsident Yvan Perrin das von einer Arbeitsgruppe erstellte rund 25-seitige Papier mit dem umfangreichen Forderungskatalog.

Kein Einwanderungsland

Die Schweiz ist kein traditionelles Einwanderungsland. Dennoch haben seit je her zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, sei es als politisch Verfolgte, sei es als Arbeitskräfte. Unser

Land hat wenn immer möglich geholfen und grosszügig viele Flüchtlinge und Zuwanderer mit ihren Familien aufgenommen. Die humanitäre Tradition der Schweiz ist zu Recht weltweit bekannt.

Diese humanitäre Tradition wird mit der Massenmigration aus immer fernerer Ländern auf eine harte Probe gestellt. Obwohl schon vor etlichen Jahren klar wurde, dass die Zahl der Zuwanderer die Kapazitäten der Schweiz massiv überschreitet, blieb die Mehrheit der Politiker untätig. Trotz der Warnungen der SVP wurde der Massenzuwanderung über den Asylweg nicht wirksam begegnet. Im Gegenteil: Gleichzeitig wurden noch die Zuwanderungsbeschränkungen immer mehr fallen gelassen und kriminelle Ausländer und Sozialmissbraucher nicht des Landes verwiesen. Die Folge davon: Wir sind inzwischen mit einem Ausländeranteil von fast 22% konfrontiert, obwohl sich die Zahl der Einbürgerungen in den letzten 10 Jahren auf rund 40'000 Personen im Jahr mehr als verdoppelt hat. Der Ausländeranteil in den Gefängnissen, bei der Sozialhilfe und bei der IV ist überproportional hoch. Die Integration der Ausländer wird zu einer wachsenden Belastung in den Schulen und den Gemeinden. Junge sehen sich gezwungen, die Städte zu meiden, weil ausländische Jugendbanden ihre Fehden in den Strassen austragen. In vielen Schulen ist Deutsch eine Fremdsprache geworden, und in schweizerischen Gefängnissen wird eine ganze Palette von Menüs

angeboten, um allen möglichen kulturellen und religiösen Gewohnheiten Rechnung zu tragen. Die Zuwanderung führt damit zu immer höheren Kosten und Risiken für den Staat und zur immer offensichtlicheren Unterwanderung der christlich-abendländischen Kultur unseres Landes.

Es ist höchste Zeit, die Regeln unseres Landes wieder durchzusetzen. Wer hier Gast ist, hat die schweizerische Rechtsordnung zu beachten und unsere Sitten und Gebräuche zu respektieren – oder aber das Land zu verlassen. Wer hier Gast ist, hat auch die Verantwortung für sich und seine Familienangehörigen nach bestem Wissen und Gewissen und nach Kräften zu tragen. Wer hier Gast ist, hat sich in erster Linie selber um seine Integration zu bemühen.

Mit dem neuen Asyl- und Ausländergesetz werden erste Schritte zur Durchsetzung dieser Grundsätze getan. Dem Ja zum Gesetz muss aber die Um- und Durchsetzung bei Behörden und Gerichten folgen. Zudem müssen diesen ersten Schritten weitere folgen, damit die Schweiz weiterhin ein echtes Zuhause bleibt.

Zuwanderung aus immer ferneren Kulturen

Mit der Zuwanderung aus ferneren Kulturen stellen sich auch neue Probleme. Serbo-



▶ Aliko M. Panayides, stv. Generalsekretärin SVP

kroatisch steht heute an vierter Stelle der in der Schweiz gesprochenen Sprachen, während unsere Landessprachen Italienisch und Rätoromanisch immer mehr an den Rand gedrängt werden.

Die Volkszählung im Jahr 2000 hat gezeigt, dass nur noch 3/4 der Bevölkerung in der Schweiz einer Landeskirche angehören (33% reformiert, 42% katholisch). Markant angestiegen ist hingegen die Zahl der Muslime. Sie betrug im Jahr 2000 310'000 Personen, ist aber gemäss Schätzungen inzwischen bereits auf eine halbe Millionen angewachsen. Damit stellt der Islam bereits die drittgrösste Glaubensgemeinschaft in der Schweiz. Die hohe Zahl der Zuwanderer hat eine Reihe von fremden Religionen in der Schweiz wachsen lassen: So finden sich in unserem Land heute bereits 142 Moscheen, aber auch 116 buddhistische Zentren und zahlreiche weitere Zentren fremder religiöser Gemeinschaften.

Aus Minderheiten sind damit vielerorts Mehrheiten geworden, die entsprechend fordernd auftreten. Das neue Ausländergesetz schränkt zwar die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten stark ein und wird damit das Anwachsen dieser Bevölkerungsteile



bremsen. Die Behörden sind aber immer wieder versucht, dem wachsenden Druck nachzugeben und die schweizerische Kultur einem globalisierten Multi-Kulti-Ideal zu opfern. Sonderwünsche werden zunehmend zum Normalfall, Schulunterricht, Klassenlager, aber auch öffentliche Anlässe bis hin zu den 1. August-Feiern werden eingeschränkt und oft vermeintlichen Minderheitenbefindlich-

keiten untergeordnet. Gleichzeitig wachsen Subkulturen. So kommt es heute in der Schweiz zu Kinderverlobnissen, Zwangsehen und sogar Mädchenbeschneidungen und Blutrache. Auf diese Weise wird nicht nur die schweizerische Kultur Stück für Stück untergraben, sondern auch unser Rechtssystem und letztlich unser Staat ausgehebelt. Die freiheitliche Ordnung der Schweiz wird immer

mehr von Ausländern genutzt, um die Politik ihres Heimatlandes in der Schweiz weiterzuführen oder gar Forderungen nach Änderungen der Schweizerischen Regeln zu stellen. So sind Tür und Tor für politische Agitation und Demonstrationen geöffnet, die unser Land und unsere Neutralität gefährden. Kundendemonstrationen werden ebenso hingenommen wie das fragwürdige Umfunktionieren

des Bundesplatzes in eine Moschee.

Damit wird weder den Zuwandernden noch der Zukunft unseres Landes und den nächsten Generationen ein Gefallen getan. Je grösser die Vielfalt und die Zahl der Personen aus fernen Kulturen, desto wichtiger wird es, die bewährten geltenden Regeln des Zusammenlebens in der Schweiz durchzusetzen. ◀

Grundsätze

- Die Regeln in der Schweiz gelten grundsätzlich für alle. Dies gilt für die Schule ebenso wie für andere Behörden.
- Wer sich nicht an die in der Schweiz geltenden Regeln halten will, hat unser Land zu verlassen.
- Die Entscheidung über die Einbürgerung ist ein demokratischer Akt und keine Verwaltungsentscheidung. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind frei in ihrer Entscheidung, wen sie ins Bürgerrecht aufnehmen wollen und welches Verfahren sie dazu wählen.

Forderungen

Die Zuwanderung ist einzuschränken

- Der Familiennachzug von Ehegatten ist mit Bedingungen wie die Kenntnis der Landessprache zu verknüpfen.
- Die Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit ist nötigenfalls durch die Wiedereinführung von Kontingenten zu stoppen.
- Die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ist abzulehnen.

Schweizerisches Recht ist konsequent durchzusetzen

- Weitere Verschärfungen der Asylpraxis sind unverzüglich einzuleiten und in allen Kantonen durchzusetzen.
- Gegen Blutrache, Mädchenbeschneidung und Zwangsheiraten ist strikt vorzugehen.
- Illegale Aufenthalter (Sans-Papiers) sind sofort auszuweisen.

Die Ausländerkriminalität ist mit aller Härte zu bekämpfen

- Die Präsenz der Sicherheitskräfte in den Städten ist zu erhöhen.
- Das Strafgesetzbuch ist zu revidieren mit dem Ziel, Verbrechen grundsätzlich nicht nur mit Gefängnis, sondern auch mit Landesverweis zu bestrafen.
- Minderjährige ausländische Kriminelle sind mit ihren Familien des Landes zu verweisen.
- Eingebürgerten Kriminellen ist die Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

Die Balkanisierung der Schulen ist zu stoppen

- An Schulen ist ein Gewaltverbot durchzusetzen, nötigenfalls durch Polizeiunterstützung.
- Wer amtliche Anordnungen ignoriert, ist mit Busse oder Haft zu bestrafen.
- Wer Sonderwünsche für den Unterricht seines Kindes hat, soll dieses in eine Privatschule schicken.

Der Unterhöhnung unserer Kultur ist ein Riegel zu schieben

- Gegen politische Agitation von Ausländern ist strikt vorzugehen.
- Wer sich nicht an unsere Regeln hält, hat das Land zu verlassen.
- Geschäfte und Lokale, welche die Vorschriften nicht einhalten, sind umgehend zu schliessen.
- Übersetzungen von amtlichen Dokumenten und Anordnungen sind Sache der Ausländervereine, nicht Sache der Behörden.

Die Zusammenarbeit der Behörden ist zu verbessern

- Die Behörden sind zu verpflichten, bei der periodischen Überprüfung der Bewilligungen auch die Abhängigkeit von Sozialhilfe zu prüfen.
- Die Sozialdienste sind zu verpflichten, der Fremdenpolizei allfällige Sozialhilfeabhängigkeit zu melden.

Die Strukturen sind den aktuellen Bedürfnissen anzupassen

- Überflüssige Strukturen im Asylbereich sind laufend abzubauen.
- Die Gefängnisse sind auf einen Minimalstandard zu reduzieren.



Der "Gründervater" - eine ausserordentliche politische Persönlichkeit

Obwohl die schwere Erkrankung von Josef Brülisauer bekannt war, hat die Todesnachricht überall tiefe Betroffenheit ausgelöst. Eine überaus grosse Trauergemeinde nahm am 7. März von ihm Abschied.

Der 61-jährige Josef Brülisauer wurde in St. Gallen geboren. Nach Lehr- und Wanderjahren bewirtschaftete er in Herisau einen grösseren Landwirtschaftsbetrieb (später in Betriebsgemeinschaft mit zwei Söhnen). Regelmässig war er auch in seiner Bauernwirtschaft «Schafräti» an der Schützenstrasse anzutreffen, wo seine Gattin Vreni als Wirtin eine gute Gastgeberin ist. Gerne legte er in einer Diskussion eine Biografie von Bundesrat Rudolf Minger auf den Tisch. Der populäre Berner BGB-Politiker gehörte wie General Guisan zu seinen Leitfiguren. In den letzten Jahren hat sich auch Christoph Blocher dazu gesellt.

Der Verstorbene kam spät in die Politik und sass seit 1999 im Kantonsrat. Als Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission war ihm dank seiner fundierten politischen Kenntnisse, seines Engagements und seiner gradlinigen, berechenbaren Politik die Aufmerksamkeit und der Respekt aller Ratskollegen sicher. Er hatte jederzeit den Mut zu sagen, was er dachte, und er lebte vor, was er vertrat. Seine beharrliche Art des Politisierens fand Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinaus.

In der SVP-Kantonalpartei genoss er hohes Ansehen und wurde nach dem Rücktritt als Vizepräsident zum Ehrenmitglied ernannt. Zu den Hobbys gehörten neben dem Jassen das Handmähen, wo er als Organisator entsprechender Meisterschaften auftrat.

Richtig «politisiert worden»

ist Josef Brülisauer erst mit der EWR-Abstimmung von 1992. Damals hatte er ein Auns-Inserrat gelesen, eine Veranstaltung mit Christoph Blocher in Bern besucht sowie 1993 eine turbulente Feier in Luzern zum Jahrestag der Ablehnung der Vorlage. Dort hatte er erstmals Gelegenheit mit dem heutigen Bundesrat direkt in Kontakt zu treten. Am Silvester 1993 besuchte das Ehepaar Blocher die Familie Brülisauer und verpflegte sich in seinem Restaurant. «Zwei, drei Stunden haben wir den Aufbau der SVP in Ausserrhoden und die Institutionalisierung einer Sämtistagung z Fade gschlage», sagte Josef Brülisauer einmal gegenüber der Appenzeller Zeitung.

Gründervater SVP

Als Josef Brülisauer das Zeppter der SVP-Ortspartei Herisau vor zwei Jahren in andere Hände gab, trat nicht irgendein Lokalpolitiker kürzer. Er darf mit Fug als «Gründervater» der SVP in Ausserrhoden gelten. Auch in St. Galler Gemeinden, Innerrhoden und Obwalden hatte er die Hände im Spiel.

Dass es in Heiden bereits längere Zeit eine SVP-Sektion gab, hatte der rührige Initiant nicht einmal gewusst. Zunächst gründete und präsidierte er eine SVP Hinterland. Schlag auf Schlag kamen dann weitere dazu. Eigentlich überall war Josef Brülisauer der Geburtshelfer. Er rief jeweils kleine Versammlungen ihm meist bekannter Leute ein, besprach das weitere

Vorgehen, und im Schneeballsystem kamen weitere Interessenten dazu. Nicht immer leicht war die Präsidentensuche. Dabei musste jemand gefunden werden, der bereit war für die SVP «hinzustehen» – und da winkte dann manch einer wieder ab. Die meisten der neuen SVP-Mitglieder und Vorstände waren zuvor politisch nicht in Erscheinung getreten, einige wenige «konvertierten» von der in Ausserrhoden allmächtigen FDP zur SVP.

Auf Nationalratsliste

1995 – die Kantonalpartei war eben erst gegründet – trat Josef Brülisauer zusammen mit Jakob Freund zur Nationalratswahl an. Es gelang äusserst knapp, der SP deren traditionellen Sitz abzufragen. Jakob Freund lag 759 Stimmen vor seinen Listenkollegen und zog damit ins Bundeshaus ein. «Ich hätte es, ehrlich gesagt, auch gerne gemacht», sagte damals Josef Brülisauer gegenüber der Lokalzeitung. Er hätte es auch etwas anders «in die Finger genommen» als sein Parteikollege. Doch dann dachte er wieder an seine Tätigkeit als Bauer: «Und einen schöneren Beruf gibt es ja gar nicht, was hättest denn du da in Bern gewollt.»

Weiter kämpfen

Doch statt nach der Niederlage den Bettel hinzuschmeissen, weil die Karriere nicht gelungen ist, zog Josef Brülisauer weiter am SVP-Karren und gründete weitere Sektionen, bis schliesslich in 19 von



20 Ausserrhoder Gemeinden die SVP «ortsansässig» war.

Fast immer konnte er auch eidgenössische Parlamentarier zu den Gründungsfeiern begrüssen, vor allem die schweizerischen Präsidenten, zunächst den Thurgauer Ständerat Hans Ulmann, dann den Zürcher Nationalrat Ueli Maurer. In Innerrhoden war neben Rita Furrer sogar CVP-Nationalrat Carlo Schmid dabei – ohne ihn allerdings zu einem Übertritt zur SVP bewegen zu können, sagte er damals schmunzelnd. Nun ist die markante Stimme verstummt. Josef Brülisauer liebte seine Heimat. Immer hatte er das Wohl unseres Landes und unseres Kantons im Auge. Das Einstehen für traditionelle Familien, die Sicherheit und Eigenständigkeit der Bevölkerung und eine umweltverträgliche, nachhaltige Land- und Forstwirtschaftspolitik waren Grundanliegen seiner politischen Arbeit.

Josef Brülisauer wird bei vielen und insbesondere den Mitgliedern der SVP in guter Erinnerung weiterleben. Die SVP werde – heisst es in einer Würdigung des Verstorbenen – sein politisches Vermächtnis, «dass es sich lohnt, für Wertvorstellungen und Ideale zu kämpfen und das Ziel nie aus den Augen zu verlieren», weitertragen. **SVP AR** ◀



Neue Steueranlage im Kanton Appenzell Ausserrhoden

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat sich im Mai 2004 als einer der wenigen Kantone für das vom Volk abgelehnte Steuerpaket ausgesprochen, obwohl die meisten Kantonsregierungen dieses Paket ablehnten und auch aktiv bekämpften. Jetzt wird auf kantonaler Ebene in Kombination mit den Golderträgen der Nationalbank ein eigenes Paket geschnürt.

Nachdem sich auf nationaler Ebene abzeichnet, dass beim Bund in den Bereichen Familien-, Wohneigentums- und Unternehmensbesteuerung keine schnelle Lösungen verabschiedet werden können, haben viele Kantone selber die Initiative zu kantonalen Steuersenkungen ergriffen. Diesen Wettbewerb hat auch Appenzell Ausserrhoden aufgenommen. Dies in der Absicht, dass man nicht weiter auf den Bund warten will und aus Sicht des internationalen Steuerwettbewerbes trotzdem schnell und gezielt vorwärts machen muss. Auch sind mit der NFA die finanzpolitischen Rahmenbedingungen zwischen den Kantonen und dem Bund in der Zwischenzeit abgesteckt worden. In einem Mantelgesetz, das im kommenden Mai vor das Volk kommt, sollen deshalb im Kanton Appenzell Ausserrhoden in verschiedenen Bereichen markante Steuersenkungen vorgenommen werden.

Steuersenkungsstrategie

Bereits für das laufende Steuerjahr 2005 sind die kantonalen Steuern via Steuerfuss um 6 % gesenkt worden. Auch haben verschiedenen Gemeinden ihre Steuern zusätzlich ebenfalls reduziert. Im

Rahmen der Steuergesetzesrevision plant der Kanton Appenzell Ausserrhoden verschiedene steuerliche Entlastungen ab dem Jahr 2007 in Paketform. Für Familien mit Kindern sollen die Kinderabzüge markant erhöht und zusätzlich Alleinerziehende entlastet werden. Für die Hauseigentümer wird eine generelle Senkung des Eigenmietwertes um 10 % eingeführt. Bei der Ausschüttung von Gewinnen von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften werden in Zukunft die Gewinne nur noch zur Hälfte besteuert. Es wird also das sogenannte Halbeinkünfteverfahren eingeführt, was vor allem Unternehmen entgegen kommen soll. Die Einführung von degressiven Steuern, wie sie kürzlich in Obwalden zu nationalen Schlagzeilen geführt haben, ist ebenfalls geplant. Bei den Einkommenssteuern für den Kanton und die Gemeinden ist ein degressiver Satz ab 1,5 Mio. steuerbarem Einkommen (Verheiratete) geplant. Somit wird die Gemeinde Teufen ab einer Einkommensgrösse von 8 Mio. Franken neu zur steuergünstigsten Gemeinde in der ganzen Schweiz. Ebenfalls bei einem Vermögen ab 50 Mio. Franken wird ein degressiver Steuertarif zur Anwendung kommen. Bei Gewinnen von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften wird

ab 2. Mio. Franken Gewinn ebenfalls ein degressiver Tarif gewählt.

Mit all den erwähnten Massnahmen will sich der Kanton Appenzell Ausserrhoden im Rahmen des kantonalen aber auch des internationalen Steuerwettbewerbes klar verbessern und wirtschaftlich attraktiver positionieren. Im heutigen Vergleichsindex der kantonalen Steuerbelastung liegt Appenzell Ausserrhoden nämlich nur noch auf dem 16. Rang. Ebenfalls negativ wirkt sich die abnehmende Bevölkerungszahl (speziell auch Kinder!), welche auch zu Ausfällen beim Steueraufkommen führt, aus. In einer Anfangsphase soll das Steuersubstrat durch Zuzüge von Unternehmen, welche auch wertvolle Arbeitsplätze bringen sowie von vermögenden Personen erbracht werden. Dabei steht das nahe Ausland klar im Mittelpunkt der Ansiedlungsstrategie, es wird aber wahrscheinlich auch zu Zuzügen aus anderen Kantonen kommen. In einigen Jahren soll dann der Mittelstand nochmals gezielt entlastet werden. Dabei stehen generelle Tarifsenkungen kombiniert mit höheren Familienabzügen im Vordergrund. Dass die geplanten Massnahmen von Appenzell Ausserrhoden bei anderen Kantonen nicht nur Freude auslösen, ist eine Tat-



Regierungsrat Köbi Frei, Heiden (AR)

sache. Der föderale Steuerwettbewerb ist aber auch eine Stärke des schweizerischen Steuersystems und ein Garant dafür, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden kann.

Wer finanziert die Ausfälle?

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden ist dank den Golderträgen der Nationalbank, welche letztes Jahr an die Kantone ausgeschüttet wurden, absolut schuldenfrei. Von den gut 123 Mio. Franken, welche Appenzell Ausserrhoden erhalten hat, musste nur etwa die Hälfte für den kantonalen Schuldenabbau verwendet werden. 50 Mio. Franken sollen im Rahmen des erwähnten Mantelgesetzes an die Gemeinden ausgeschüttet werden, damit diese ihrerseits ebenfalls Schulden abbauen. Der Schuldenabbau ist deshalb im Gesetz auch zwingend vorgeschrieben. Durch den Wegfall von Schuldzinsen und Abschreibungen können der Kanton und die Gemeinden die Steuerausfälle vorübergehend kompensieren. In etwa vier bis fünf Jahren wird mit einem Steuerwachstum aus den dargelegten steuerlichen Massnahmen gerechnet. ◀

Inserat

Ihr Inserat im SVPja - immer ein Erfolg!

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre „Das Erfolgsgeheimnis“ gibt Auskunft. Sofort anfordern! Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland



Hotel



Alpenblick Fieschertal

Wellness-Hallenbad-Sauna-Dampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3984 Fieschertal Tel. 0279701660 Fax. 0279701665
www.hotelalpenblick.ch alpenblick@rhone.ch

Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung - Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion: Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung: Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise: Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.- Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstrasse 18, 4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen: siehe Adresse "**Druck**" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.ch



Online-Diskussion auf www.svp.ch

Die SVP ist die erste der vier Bundesratsparteien, die eine öffentliche Diskussion über politische Themen im Internet anbietet. Heute wird das „SVP-BLOG“ online geschaltet. Die Abkürzung „Blog“ kommt von Weblog, was ursprünglich soviel wie Internet-Tagebuch bedeutete. „Blogs“ werden heute aber zu weit mehr verwendet, als bloss für private Tagebücher. In vielen westlichen Demokratien gehören „Blogs“ mittlerweile zu den wichtigsten Elementen der politischen Kommunikation und sind regelrechte Pulsmesser der Stimmung im Land.

Die SVP ist seit 1997 über die Adresse www.svp.ch im weltweiten Netz erreichbar. Während vom Internet-Auftritt der SVP in den beiden Jahren 2003-2004 noch insgesamt 3,5 Mio. Seiten und 195 GB Datenmenge abgerufen wurden, hat sich die Nutzung im Jahr 2005 exakt verdoppelt. Allein im letzten Jahr wurden weitere 3,5 Mio. Seiten abgerufen. Das entspricht durchschnittlich 400 Internet-Seiten pro Stunde. Das durchschnittliche Wachstum bei der Nutzung des Internet-Auftritts beträgt jeden Monat 8-10 Prozent. Für die SVP ist das Internet damit zu einem der wichtigsten Kommunikationsmittel überhaupt und zu einem eigentlichen Massmedium geworden.

Vor allem jüngere, an der SVP-Politik interessierte Menschen, aber auch aktive



Mandatsträger in Gemeinden und Kantonen, haben in den vergangenen Monaten immer wieder nach einem Diskussionsforum oder Weblog im Internet gefragt. Die SVP hat nun, vorerst als Versuch, ein

deutschsprachiges Weblog in Betrieb genommen. Die Parteizentrale wird hier Diskussionsthemen lancieren, die dann von den Besucherinnen und Besuchern kommentiert werden können. Die Kom-



► Roman S. Jäggi,
Pressesprecher SVP

mentare können von anderen Besuchern wiederum beantwortet werden usw., was schliesslich in einer lebhaften Internet-Diskussion mündet. Wer etwas Glück hat, bekommt sogar von einem Nationalrat, Ständerat oder vielleicht sogar von einem SVP-Bundesrat eine Antwort.

Hinter der Internet-Diskussion steckt die Idee, neue Kontakte zwischen der Partei und der Basis zu knüpfen und bestehende Kontakte zu pflegen. Nicht zuletzt geht es auch darum, mit dem SVP-Weblog den Puls der Menschen bei bestimmten politischen Themen zu fühlen, komplexe Sachverhalte zu erklären sowie Argumente auszutauschen. Bewährt sich der Versuch, wird die SVP das Weblog auch auf Französisch anbieten und betreiben. Erreichbar ist das SVP-Weblog im Internet über www.svp.ch. ◀

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung

auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031/300'58'58).

Der Frühling kommt - mit der trendigen **SVP-Sonnenbrille!**

..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit CH-Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 02 / 2006

**Einen praktischen SVP-Rucksack gewonnen haben:
Kurt Dysli, Bern / Hans Steiger, Brugg / Vreni Knecht, Gibswil**

Gesucht wurde Nationalrat Rudolf Joder, Belp (BE)



Wettbewerb

**Welcher eidg.
Parlamentarier verbirgt
sich hinter diesem Bild?**



**Unter allen
richtigen
Einsendungen
verlosen wir
3 der neuen
SVP-Feuerzeuge**

**Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier
ist in dieser Ausgabe abgebildet.**

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 14. April 2006

Stellungnahmen zu "Alles nur eine durchsichtige Interessenpolitik?"

Blick in den Spiegel nötig



Mit dem anklagend gemeinten Beitrag „Alles nur eine durchsichtige Interessenpolitik?“ macht Stefan Flückiger im letzten SVP-Ja (Seite 15) selber ganz simple Interessenpolitik: Er versucht, die falsche Verwendung von Geldmitteln des in Konkurs gegangenen Verbandes Berner Waldbesitzer (VBW) aus der Welt zu schreiben. Als Geschäftsführer des provisorischen neuen Berner Waldbesitzerverbandes greift Flückiger

keck die Geschädigten an, und macht sie nebst seines Vorgängers gar zu Mit-Sündenböcken. Die Genauigkeit kümmert ihn weniger, wie die Fehler bezüglich Personen und Funktionen, oder die fast 50% zu tief angegebene Schweizer Holznutzung zeigen.

Flückiger unterstellt dem Fachverband Holzindustrie Schweiz, er sei nur gegen das Grosssägewerk im solothurnischen Luterbach, um sich tiefe Rundholzpreise zu sichern. Wie könnten wir das, selbst wenn wir wollten? Nach jahrzehntelanger Hochpreisinsel haben uns Lothar und Käferschäden tatsächlich günstige Konditionen und Preise beschert, aber diese Phase ist nun vorbei. Wir haben wacker steigende Preise, investierende Schweizer Sägewerke und einen Sägewerks-Neubau in Graubünden. Ein zusätzliches Grosssägewerk in Luterbach kann von der Schweizer Waldwirtschaft gar nicht versorgt werden, es sei denn, die bisherigen Kunden würden massiv gekürzt. Dagegen dürfen wir uns wohl wehren. Und eine Holzindustriepolitik über die Rohstoffversorgung kann nicht gelingen, aber es ist scheinbar eine Laune der Natur, dass Waldwirtschaftsvertreter ab und zu in diese Versuchung geraten.

Völlig abwegig ist die Aussage, erst jetzt, nachdem Hermann Weyeneth das Ruder in die Hand genommen habe, sei das Luterbacher Projekt auf Erfolgskurs. Hermann Weyeneth war von Anfang an der massgebliche Hauptförderer eines Projektes, das bald 6 Jahre nicht so recht vorwärts kommt. Wir bedauern, dass Hermann Weyeneth sich in dieser Zeit einseitig für ein unrealistisches Projekt engagiert hat, statt für schweizweit bessere Rahmenbedingungen in der Holzindustrie.

Der Selbsthilfefonds macht keine politischen Manöver. Aber weil er die Fondsmittel von den Kantonalverbänden treuhänderisch einziehen lässt, will er auch genügend Transparenz darüber herstellen, was im VBW mit seinen Geldern genau schief gelaufen ist. Der Selbsthilfefonds muss dabei die Rolle aller Verbandsorgane klären lassen, das verlangen gerade auch die anderen Kantonalverbände.

In der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft ist viel Zug drin, und alle Partner der Holzkette profitieren davon - ganz ohne Wunderrezepte von Herrn Flückiger. ◀

Nationalrat Jean-François Rime, Bulle (FR)

Schwere Vorwürfe gegen Waldwirtschaft Schweiz



Stefan Flückiger, Interim-Geschäftsführer der Berner Waldbesitzer (BWB), äusserte in seinem Beitrag in der letzten Ausgabe des «SVP ja» schwere Vorwürfe gegen Waldwirtschaft Schweiz (WVS). Der WVS kann Flückigers Vorwürfe nicht nachvollziehen und weist sie entschieden zurück.

Mit dem Konkurs des Verbandes Bernischer Waldbesitzer hat der WVS ein bedeutendes Mitglied verloren. Wir bedauern diese Situation und hoffen, dass bald wieder eine schlagkräftige Kantonalorganisation entsteht, die wiederum in unsere nationalen Verbandsstrukturen eingebunden ist. Genau das haben wir in einem Schreiben an die bernischen Regionalorganisationen festgehalten. Entsprechende offizielle Gespräche zwischen BWB und WVS sind denn auch im Gang. Deren Ziel ist es, die gemeinsamen Interessen zu definieren und bestehende Probleme möglichst aus dem Weg zu räumen. Flückigers Vorwurf, der WVS habe kein Interesse an einer starken bernischen Nachfolgeorganisation, ist somit komplett falsch. Wir haben uns auch nie über Personalfragen im Zusammenhang mit der Führung der bernischen Organisation der Waldbesitzer geäussert. Es liegt allein an den Delegierten aus dem Kanton Bern darüber zu entscheiden, welche Persönlichkeiten eine Nachfolgeorganisation des Verbandes Berner Waldbesitzer führen sollen.

Ein weiterer Vorwurf kann nicht unbeantwortet bleiben: Stefan Flückiger unterstellt dem WVS in der Frage einer Grosssägerei in Luterbach eine Verhinderungstaktik und sogar Kumpanei mit einzelnen Vertretern der Holzwirtschaft. Das Gegenteil ist wahr. Der WVS unterstützt die Bestrebungen zur Schaffung grösserer Holzverarbeitungskapazitäten in der Schweiz nach Kräften und bringt die Interessen der Waldeigentümer ein. Dafür gibt es genügend Belege und unmissverständliche Äusserungen von WVS-Vertretern. Auch dem WVS ist es ein wichtiges Anliegen, die Transparenz über Mitteleinsatz und Wirkungen weiter zu verbessern sowie eine zielgerichtete Verbandspolitik zu führen. Trotzdem sei der Hinweis erlaubt, dass es für einen nationalen Dachverband nicht immer einfach ist, gemeinsame Ziele nur schon zu definieren. Die Waldgesetzrevision oder die Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» sind Nagelproben, wo die Wald- und Holzwirtschaft beweisen muss, dass sie bei wichtigen Anliegen geeint auftreten kann.

Möge aus den Turbulenzen eine gestärkte Organisation der Berner Waldbesitzer mit einer guten und langen Zukunft hervorgehen, die auch auf dem nationalen forstpolitischen Parkett eine wichtige Rolle spielen wird. Am fehlenden Willen des WVS soll es jedenfalls nicht liegen! ◀

Nationalrat Max Binder,
Präsident Waldwirtschaft Schweiz, Illnau (ZH)

Einsendeschluss:
Freitag, 31.03.06

Grosser Wettbewerb

Unsere Parteizeitung braucht einen neuen Namen!

SVPja → ??????

Machen Sie mit beim grossen Wettbewerb, geben Sie unserer Parteizeitung einen neuen Namen und gewinnen Sie tolle Preise! Unter allen Einsendungen verlosen wir die folgenden attraktiven Preise:

1. Preis

2 Übernachtungen für 2 Personen im Wellnesshotel ALPENBLICK, Fieschertal (VS), im Doppelzimmer Superior mit Halbpension, inkl. Benützung der Wellnessanlage mit Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und vier Jacuzzibäder im Wert von Fr. 450.-



2. Preis

1 Nachtessen für 2 Personen mit dem Parteipräsidenten der SVP, Nationalrat Ueli Maurer



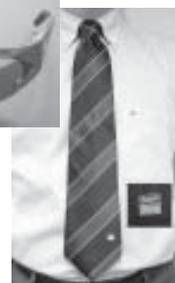
3. - 5. Preis

je 1 sportliche SVP-Sonnenbrille "deluxe limited swiss" im Wert von Fr. 129.-



6. - 10. Preis

je 1 elegante SVP-Kravatte im Wert von Fr. 50.-



11. - 20. Preis

je 1 Set der beliebten SVP-Jasskarten im Wert von Fr. 3.-



Wettbewerbstalón

Mein Namensvorschlag für die neue SVP-Parteizeitung lautet:

.....

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Diesen Talon einsenden bis spätestens **Freitag, 31. März 2006** an:
Schweizerische Volkspartei SVP - Generalsekretariat - Postfach 8252 - 3001 Bern
Fax 031 300 58 59 - Mail gs@svp.ch